

Muss man sich leisten können

Schwimmbäder sind Treffpunkte, Sportstätten – und im Sommer die wichtigsten Orte der Welt. Doch Deutschland lässt sie verkümmern, allen Sondervermögen zum Trotz. Die Folgen? Unschön. Auf dem Boden ein brauner Fleck, längst eingetrocknet. Vom Regen, der durch das Dach getropft ist, sich durch das Lüftungsrohr gefressen und den Rost ausgespült hat. Die beiden Becken sind lange leer, rot-weißes Flatterband sperrt den Schwimmerbereich. In der Luft hängt abgestandener Chlorgeruch, in den Säulen klaffen fingerdicke Risse.

In der Kabine der Schwimmmeister, hinter Glas, liegt Vergessenes. Baderinge, eine Snackdose, Latschen auf der Erste-Hilfe-Liege.

Ein verlassener Ort. Vielleicht ist es ganz gut, dass Jens Tschäpe das alles nicht sieht. Dass er nur später von außen hineinsehen kann, anders als die Reporter, für die es eine Ausnahme gab. „Auf eigene Gefahr“, wie es hieß, es gebe „akute bauliche Mängel“.

So blickt Tschäpe, 58 Jahre alt, großgewachsen, lange Arme, Schwimmerstatur, im grünen Polohemd, durch das stumpf gewordene Glas der Eingangstür, die schon lange nicht mehr zur Seite fährt. „Das hier“, sagt Tschäpe dann, „war mal unser Zuhause.“ Und jetzt? Ist es ein Mahnmal, das eine große Frage stellt: Wollen wir das so in Deutschland?

Bad Gandersheim, knapp 9000 Einwohner, liegt zwischen Hildesheim und Göttingen. Die größte Attraktion sind die Dom-Festspiele, Jahr für Jahr kommen allein dafür Tausende. Das Hallenbad stammte aus den Siebzigerjahren, sein Bau war Teil des „Goldenen Plans“, jenes Programms, das auch den kleineren Städten in der Bundesrepublik zuhauf neue Sport- und Schwimmstätten bescherte.

Dann erloschen die Lichter

Von denen sehr viele jetzt Sanierungsfälle sind.

Tschäpe, von Beruf Apotheker, lernte hier schwimmen, mit sieben bestritt er hier seinen ersten Wettkampf, mit zwölf trainierte er hier oft sogar zweimal am Tag. Als sich die Stadt das Bad 2010 nicht mehr leisten konnte, sorgte er mit Dutzenden Helfern in einer Genossenschaft dafür, dass es weiterging. Und als das Bad am 8. März 2023 doch geschlossen wurde, „da habe ich mir das Recht ausbedungen, als Letzter aus dem Wasser zu gehen“. Dann erloschen hier die Lichter. Bis heute. In Bad Gandersheim ist damit schon Realität, was Tausenden Kommunen droht. In einer Umfrage des Deutschen Instituts für Urbanistik gaben bereits im Jahr 2024 die Städte und Gemeinden an, dass bei 15 Prozent der Frei- und Hallenbäder ohne eine schnelle Sanierung die Schließung droht. Gerade hat das Institut die Kommunen erneut befragt. In keinem anderen Bereich, so das Ergebnis, hat sich die Kluft zwischen eigentlich nötigen und tatsächlichen Investitionen so vergrößert wie bei den Sportstätten. Alles deute daher darauf hin, resümiert Projektleiter Christian Raffer, „dass sich der Zustand der Frei- und Hallenbäder seit 2024 sogar noch verschlechtert hat“.

Nur gibt es seitdem auch eine positive Entwicklung. Denn Deutschland hat jetzt Geld. 500 Milliarden Euro will die Bundesregierung in die so lange vernachlässigte Infrastruktur investieren, „für ein moderneres Deutschland“. Im Koalitionsvertrag werden die Schwimmbäder ausdrücklich genannt, es sollen wieder mehr Kinder schwimmen lernen. Gerade erst endete die Bewerbungsfrist für ein 250-Millionen-Euro-Programm, 942 Anträge haben die Kommunen eingereicht.

Die Hoffnungen sind also groß. Und die Chancen, dass Deutschland seine Bäder rettet, standen wohl lange nicht so gut wie jetzt. Theoretisch. „Wann, wenn nicht jetzt?“, könnte man fragen.

Nur deutet im Moment bislang wenig darauf hin, dass die Bäder wirklich gerettet werden.

Als das Hallenbad in Bad Gandersheim 2010 das erste Mal bedroht ist, aktiviert dies das Engagement der Menschen. Schwimmbäder sind viel mehr als Sportstätten. Es sind, gerade in kleinen Städten, die letzten sozialen Orte, die eine Kommune hat. Alte teilen das Becken mit Jungen, Sportliche mit Langsamen. Und Schwimmen, so sehen es viele, ist Sport und Kulturtechnik zugleich.

In der Stadt zeichnen 1000 Bürger die Anteile der Genossenschaft, die das Bad nun betreibt, jeder zahlt mindestens 50 Euro. Ein Förderverein wirbt um Spenden. Freiwillige sitzen bis spätabends an

der Kasse und verkaufen Tickets, andere reparieren Pumpen und Dichtungen. Wie viel Zeit sie investiert haben? Da zuckt Gerhard Dörries, Unternehmer, Vorsitzender Bad-Genossenschaft, nur mit den Schultern. „Das können wir gar nicht zählen.“

Vereine und Gemeinschaften wie diese sind der Grund, warum es in Deutschland noch kein Bädersterben gibt, sagen Experten wie der Bad-Planer und frühere Präsident des Landesschwimmverbands Niedersachsen, Wolfgang Hein. Mit viel Engagement betreiben sie die Sportstätten weiter. „Doch die Zuschüsse der Kommunen sind regelmäßig viel zu klein.“

Ende des Schwimmvereins

Es reicht notdürftig für den Betrieb, nicht aber für die Sanierung. So zögern sie das Ende hinaus. Verhindern können sie es nicht.

Umso größer ist der Frust, als die Bauaufsicht 2023 das Gebäude in Bad Gandersheim für nicht mehr sicher erklärt. Für eine Sanierung hat die Stadt auch jetzt kein Geld. 60.000 Menschen besuchten es im Jahr. 600 Kinder gingen regelmäßig zu Schwimmkursen. Die Grundschüler kamen zum Unterricht. Das alles fällt nun weg.

Die Schwimmabteilung des Sportvereins, des MTV, bestand seit 70 Jahren. Sie löst sich auf. „Wir sind wahnsinnig enttäuscht“, so sagen es die Aktivisten des untergegangenen Bades. Und nicht nur sie.

„Ich habe für jeden volles Verständnis, der mit dem fehlenden Bad unzufrieden ist“, sagt Niklas Kielhorn in seinem Büro im Rathaus, einem Raum mit hohen Decken und historischen Gemälden.

„Bad Gandersheim braucht dringend wieder eine ganzjährige Schwimmmöglichkeit“, sagt der 30-jährige, SPD-Mitglied, seit zwei Jahren Bürgermeister. Nur wie er das bezahlen soll, weiß er nicht.

Der Bund, soviel ist sicher, ist ihm da trotz großer Ankündigungen bislang keine Hilfe. Das aktuelle Programm, die 250 Millionen Euro, reicht bei Weitem nicht aus. Allein die aktuellen Anträge melden einen Bedarf von 3,2 Milliarden Euro an. Und das dürfte nur ein Bruchteil der tatsächlich nötigen Summe sein. Experten wie Hein halten eine Milliarde Euro für nötig. Pro Jahr.

Dazu kommt, dass die Vergabe des Geldes eher undurchsichtig erfolgt. Es sind die Mitglieder des Bundestags-Haushaltsausschusses, die entscheiden, wer wie viel bekommt. Die Versuchung, zuvorderst den eigenen Wahlkreis zu bedenken, ist da offenbar groß. „Da ist sehr viel Willkür im Spiel“, räumt ein erfahrenes Mitglied des Ausschusses ein. Bürgermeister und Wähler erwarteten zudem geradezu, dass man für sie etwas rausholt.

Der Effekt ist sogar wissenschaftlich untersucht. Laut einer Arbeit der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht, für die die Vergaben der letzten 20 Jahre untersucht wurden, führt ein Abgeordneter im Haushaltsausschuss etwa zu einer Verdoppelung der Förderbeiträge. Oder auch: Kennst du wen, kriegst du mehr. Wahrscheinlich jedenfalls.

10.000 Bäder insgesamt

Wobei sich Abgeordneten darauf berufen können, dass sie das Geld ohnehin kaum objektiv gerecht verteilen können. In Deutschland ist unbekannt, wie viele Schwimmbäder es genau gibt –

geschweige denn, wo sie am nötigsten fehlen. 10.000 sollen es insgesamt sein, davon rund 7000 in öffentlicher Hand. Städte sind besser versorgt als das Land, der Westen etwas besser als der Osten.

„Aber selbst innerhalb eines Bundeslandes“, betont Lutz Thieme von der Hochschule Koblenz, Spezialgebiet Sportinfrastruktur, „unterscheidet sich die Versorgung um den Faktor sechs bis acht.“ Die Bundesregierung möchte Bürokratie abbauen, auch das ist ja eines der großen Ziele. Zugleich wäre aber sehr viel Bürokratie nötig, wenn sie ihr Geld gerecht verteilen will. Ein Widerspruch, der sich kaum auflösen lässt.

Klar ist Bürgermeister Kielhorn in Bad Gandersheim aber vor allem eines: Dass er es aus eigener Kraft nicht schaffen wird, ein neues Bad zu bauen. Oder das alte zu sanieren.

Denn da ist ja nicht nur das Bad. Da sind ja auch die Straßen, die Brücken, um die er sich kümmern muss, auch die Schulen und der Kindergarten bräuchten eine Sanierung. Und so schön ein altes Rathaus ist, so groß und teuer sind die Probleme mit dem Brandschutz.

Bad Gandersheim, sagt Kielhorn, sei jedenfalls schon im strukturellen Defizit, bevor die Stadt auch nur ihre Pflichtaufgaben erfüllt hat. „Und dann habe ich noch nichts geschafft, das es schön macht, hier zu leben: Museum, Schwimmbad, alles Freiwillige eben.“ Am Ende sind die Bäder insgesamt ein Symbol für die Schwierigkeiten, die Deutschland mit der Infrastruktur hat. Und für die Armut vieler Kommunen.

In Bad Gandersheim hat der Frust über das verlorene Bad auch politische Folgen. Jens Tschäpe, der Schwimmer, kandidiert jetzt bei den „Unabhängigen“ für den Rat.

Er habe nie in die Politik gewollt, beteuert er. „Eigentlich bin ich da falsch.“ Aber das Bad habe ihn dazu gebracht. Auch, um die Unzufriedenen nicht der AfD zu überlassen.

Es ist ja nicht nur das Bad, das dort zum verlorenen Ort geworden ist. Das Kurhaus, die alte städtische Klinik, ein Terrassenbau. All die Häuser stehen leer, bricht das Grün zwischen den Waschbetonplatten hervor. „Allee der Ruinen“ nennen die Gandersheimer die Straße. Und am Ende liegt das alte Bad.

Wie es jetzt weitergeht, müssen sie nun diskutieren. Einen Ort zum Abkühlen haben die Bürger und Bürgerinnen – immerhin. Ein sogenanntes Naturfreibad, ungeeignet für Bahnschwimmer, aber eine Hilfe an heißen Tagen.

Auf eine Förderung aus dem aktuellen Programm brauchen sie nicht zu hoffen. Sie haben sich nicht mal beworben. Drei Mitarbeiter, sagt Kielhorn, habe er für Hoch- und Tiefbau. Die seien mit anderem vollsten ausgelastet, das Planungsbüro habe ebenfalls abgewinkt. „Wir hätten“, sagt der Bürgermeister, „mehr Zeit gebraucht.“ Die Ankündigung sei zu kurzfristig gekommen.

Die Grundschulkinder sollen für den Schwimmunterricht im kommenden Schuljahr nach Seesen gefahren werden, 15 Kilometer entfernt. Und so warten sie in Gandersheim auf das nächste Förderprogramm. Wann auch immer es kommt. Wenn es denn kommt.

Wie teuer eine Sanierung wäre, wissen sie noch nicht. Gut möglich, dass ein Neubau günstiger wäre.

Schön wäre nur, findet Jens Tschäpe, wenn er auch der Erste wäre, der wieder ins Wasser hineingeht.

Angesichts der Investitionsbedarfe dürfte die bereitgestellte Summe bei Weitem nicht ausreichen.

Christian Raffer,

Deutsches Institut für Urbanistik, über das Sanierungsprogramm der Bundesregierung

Da ist viel Willkür im Spiel.

Ein Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestags
über die Vergabe der Fördermillionen